

## **Antrag**

**der Abgeordneten Krzysztof Walczak, Dirk Nockemann, Dr. Alexander Wolf,  
Thomas Reich, Marco Schulz und Olga Petersen (AfD)**

**Betr.: Die islamismusnahe „Fair-Trade-Botschafterin“ Kübra Gümüşay abberufen und der Fair-Trade-Kampagne den Stecker ziehen!**

Die Kampagne „Hamburg, mach dich Fair!“ soll Hamburgs Bürger für die Vorteile des sogenannten fairen Handels sensibilisieren. Der Senat stellte mit 300.000 Euro doppelt so viel Geld wie von der Bürgerschaft vorgesehen für die Kampagne bereit (Drs. 22/9435) – eine Steuergeldverschwendung, die nicht nur aufgrund der aktuell angespannten wirtschaftlichen und sozialen Lage zu kritisieren ist. Doch dies ist bei Weitem nicht der einzige Kritikpunkt an dieser Kampagne.

Wie den Materialien der Kampagne zu entnehmen ist, wird hier nicht nur grüne Ideologie vom vermeintlich schädlichen „globalen Norden“ propagiert, welcher den „globalen Süden“ ausbeute, sondern es wurden auch höchst fragwürdige Personen als offizielle Gesichter der Kampagne berufen. Da ist zum einen der Musiker Jan Eißfeldt, der unter dem Künstlernamen Jan Delay aktiv ist und der linksradikalen Szene Hamburgs nahesteht.

Aber schwerer wiegt die Berufung der Aktivistin und Autorin Kübra Gümüşay, die ausweislich der jüngsten Berichterstattung durch die „Neue Zürcher Zeitung“ eine beunruhigende Nähe zum Islamismus aufweist (<https://www.nzz.ch/feuilleton/der-besucher-jungen-islamistin-ld.1651443>). So fällt sie immer wieder mit entsprechenden Ausfällen auf, drückte beispielsweise ihre Sympathie für die Erdogan-Regierung nach der blutigen Niederschlagung der Proteste im Gezi-Park aus und zieht sich bei Kritik an ihren Äußerungen oft darauf zurück, falsch verstanden oder diskriminiert worden zu sein (<https://kubragumusay.com/de/faq>).

Außerdem hielt sie bei der islamistischen und national-türkischen Organisation Millî Görüş einen Vortrag und besuchte das Islamische Zentrum Hamburg (IZH), welches von der AfD-Fraktion seit Jahren und von einigen anderen Fraktionen seit Neuestem wegen seiner islamistischen Umtriebe und der Nähe zum iranischen Regime kritisiert wird. Diese Auftritte sind hierbei für das türkisch-islamische Publikum gedacht. Für ihren deutschen, linksliberalen Adressatenkreis hingegen tritt Gümüşay als Vertreterin eines modernen Feminismus auf, welcher sich in der geisteswissenschaftlichen Sphäre manifestiert und das Tragen des Kopftuchs als Zeichen weiblicher „Wahlfreiheit“ feiert.

Für diesen Adressatenkreis ist auch ihr Buch „Sprache und Sein“ gemacht, in welchem in Deutschland lebende Muslime als diskriminierte Minderheit dargestellt und Kritiker als „islamophob“ verunglimpft werden – eine klassische islamistische Strategie, der sich auch die iranische Regierung oft bedient. Eine Auseinandersetzung mit eben diesen Kritikern (welche sich im Falle von Ex-Muslimen oft Todesdrohungen aus der islamistischen Szene ausgesetzt sehen) hält sie für sinnlos, denn „diese leben und verdienen durch die Stigmatisierung von Muslimen“. Ausgerechnet dieses Buch durfte sie ebenfalls im Rahmen der Kampagne, jedoch ohne jeden erkennbaren Bezug zum Thema „Fair Trade“, auf einer Veranstaltung vorstellen.

Es ist völlig indiskutabel, dass der Senat zum Gesicht und zum Botschafter unserer Stadt Personen mit einschlägiger Nähe zum Islamismus macht. Gerade vor dem Hintergrund der fraktionsübergreifend in der Bürgerschaft geäußerten Solidarität gegenüber den unterdrückten Frauen und politisch Verfolgten im Iran mutet es geradezu grotesk an, dass eine IZH-Besucherin und Millî-Görüş-Referentin an exponierter Stelle Gesicht Hamburgs und Repräsentantin des Senats sein darf. Diese Kampagne ist zu beenden und für die Zukunft muss verhindert werden, dass einschlägige Aktivisten wie Gümüşay auf ähnliche Positionen berufen werden. Personen aus islamistischen Dunstkreisen sind nicht würdig, unsere Stadt zu vertreten.

**Die Bürgerschaft möge beschließen:**

**Der Senat wird aufgefordert,**

1. Kübra Gümüşay als Botschafterin der Kampagne „Hamburg, mach dich Fair!“ sofort abuberufen,
2. die Kampagne „Hamburg, mach dich Fair!“ mit sofortiger Wirkung zu beenden oder, falls dem bereits rechtlich eingegangene Verpflichtungen entgegenstehen, zum nächstmöglichen Zeitpunkt auslaufen zu lassen,
3. bei der Auswahl von Repräsentanten im Rahmen der von ihm unterstützten Projekte zukünftig verstärkt darauf zu achten, dass keine Personen mit islamistischem Hintergrund berufen werden,
4. der Bürgerschaft bis zum 31.12.2022 zu berichten.